



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil II – Verordnungen

36. Jahrgang

Potsdam, den 9. Dezember 2025

Nummer 98

Verordnung zur Änderung der Ausländerrechtszuständigkeitsverordnung und der Brandenburgischen Auslandsbeglaubigungsverordnung

Vom 9. Dezember 2025

Auf Grund des § 12 Absatz 1 Satz 2, § 6 Absatz 2 und des § 8 Absatz 3 des Landesorganisationsgesetzes vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 186), von denen durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 28 S. 2) § 6 Absatz 2 geändert, § 8 Absatz 3 neu gefasst und § 12 Absatz 1 Satz 2 eingefügt worden ist, in Verbindung mit

- § 71 Absatz 1 Satz 2 und 5 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), von denen Satz 5 zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. August 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 217 S. 17) geändert worden ist, und
- Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes zu dem Haager Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 21. Juni 1965 (BGBl. 1965 II S. 875), Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes zu dem Vertrag vom 7. Juni 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 30. Juli 1974 (BGBl. 1974 II S. 1069) sowie Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes zu dem Abkommen vom 13. Mai 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 25. Juni 1980 (BGBl. 1980 II S. 813)

verordnet die Landesregierung:

Artikel 1

Änderung der Ausländerrechtszuständigkeitsverordnung

Die Ausländerrechtszuständigkeitsverordnung vom 9. Juli 2019 (GVBl. II Nr. 51), die zuletzt durch die Verordnung vom 6. Februar 2024 (GVBl. II Nr. 11) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 2 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Befindet sich die ausländische Person in einer Ausreiseeinrichtung des Landes Brandenburg, bleibt, mit Ausnahme der in § 3 genannten Zuständigkeiten, die vorherige Ausländerbehörde zuständig.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 7 werden nach dem Wort „von“ die Wörter „Landesübergangseinrichtungen und von“ eingefügt.

- b) Nummer 8 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstabe b wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
 - bb) Nach dem Folgeabsatz wird folgender Buchstabe d angefügt:
 - „d) in einer Landesübergangseinrichtung befinden,“.
 - c) In Nummer 13 werden die Wörter „§ 61 Absatz 1c bis 1f“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 1c, 1e und 1f“ ersetzt.
- 3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern „§ 71 Absatz 1 Satz 5“ die Angabe „und § 81 a“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „Der Landrat oder die Landrätin“ durch die Wörter „Die Landrätin oder der Landrat“ ersetzt und nach den Wörtern „§ 71 Absatz 1 Satz 5“ die Angabe „und § 81 a“ eingefügt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Für die dem Landkreis Dahme-Spreewald entstehenden Kosten durch die Beteiligung im zustimmungspflichtigem Visumverfahren nach § 31 der Aufenthaltsverordnung erstattet das Land eine Fallpauschale, deren Höhe der Gebühr entspricht, die der Ausländer für die Erteilung eines nationalen Visums nach § 46 Absatz 2 Nummer 1 der Aufenthaltsverordnung an die deutsche Auslandsvertretung zu entrichten hat. Bedarf das Visum nicht der Zustimmung der Ausländerbehörde, erstattet das Land jeweils einen finanziellen Ausgleich in Höhe von 38 Prozent der nach Satz 1 zu erstattenden Fallpauschale.“
 - bb) Im neuen Satz 3 werden die Wörter „Kosten für die Beteiligung im regulären Visumverfahren“ durch die Wörter „finanzielle Mehrbelastungen bei kostenbewusster Aufgabenwahrnehmung nach Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.
 - c) Absatz 4 Satz 3 und die Absätze 6 und 7 werden aufgehoben.
- 4. Nach § 5 wird der folgende § 6 eingefügt:

„§ 6

Übergangsvorschrift

Für vor dem 8. Mai 2024 bereits eingeleitete Verfahren zur Ausweisung gemäß § 53 des Aufenthaltsgesetzes sowie Verfahren zur Feststellung des Verlustes der Freizügigkeit gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern bleibt bis zur Bestands- oder Rechtskraft der Entscheidung die bisherige Ausländerbehörde weiter zuständig.“

- 5. Der bisherige § 6 wird § 7.

Artikel 2

Änderung der Brandenburgischen Auslandsbeglaubigungsverordnung

In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe c der Brandenburgischen Auslandsbeglaubigungsverordnung vom 20. März 2017 (GVBl. II Nr. 17), die durch die Verordnung vom 12. Februar 2020 (GVBl. II Nr. 9) geändert worden ist, wird das Wort „Bundesverwaltungsamt“ durch die Wörter „Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Potsdam, den 9. Dezember 2025

Die Landesregierung
des Landes Brandenburg

Der Ministerpräsident

Dr. Dietmar Woidke

Der Minister des Innern und für Kommunales

René Wilke

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Digitalisierung
des Landes Brandenburg